



Schwyz, 3. Februar 2020

SP läuft bei Regierung auf

Mit zwei Interpellationen erkundigte sich die SP bei der Regierung nach deren Effort bezüglich Gleichstellung. Die Antworten enttäuschen.

Mit Regierungsratskandidatin Elsbeth Anderegg Marty und Kantonsrätin Prisca Bünter richtete die SP-Fraktionschefin Carmen Muffler einige Fragen an die Regierung, was für die Gleichstellung im Kanton Schwyz getan werde. Obwohl die Antwort des Regierungsrates recht ausführlich ausfiel, sind die Antworten trotzdem enttäuschend. Carmen Muffler kommentiert: «Die Regierung macht ein reines Lippenbekenntnis zur Gleichstellung. Die Verantwortung wird an die Gleichstellungskommission abgeschoben und auf deren Tätigkeitsberichte verwiesen. Dabei hat eine Regierung sehr wohl auch eigene Gestaltungsmöglichkeiten.»

Ferner unterstützt sie die diversen Klimavorstösse, die an der Session behandelt werden und heisst grundsätzlich die Teilrevision des kantonalen Waldgesetzes gut.

Unter anderem wird mit dieser Gesetzesanpassung die Bekämpfung von Schadorganismen anhand der bundesrechtlichen Vorgaben präzisiert und in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Ämtern und Fachstellen koordiniert. «Zudem haben wir gefordert, dass der Passus «Finanzierung durch den Kanton» in Bezug auf Waldzusammenlegungen und auf Schutzmassnahmen vor Schadorganismen explizit im Gesetzestext erscheint», schildert Kantonsrätin und Regierungsratskandidatin Elsbeth Anderegg Marty (Altendorf) die vorbereitende Kommissionsarbeit. Da bereits jetzt Waldbesitzende bei Kanton und Bund Unterstützung - organisatorische und auch finanzielle Hilfe - beantragen können, ist es für die SP unverständlich, dass dies nicht auch im Gesetzestext so festgehalten wird.

Zu wenig bezahlbarer Wohnraum

Die Interpellation von Kantonsrat Andreas Marty (Arth) „Wie haben sich die Mietpreise im Kanton Schwyz entwickelt“ liefert sehr viele interessante Informationen zum Mietwohnungsbereich. Demnach haben sich die Mietpreise für eine 4-Zimmerwohnung in den letzten 20 Jahren um durchschnittlich 38 Prozent verteuert. Der Leerwohnungsstand liegt bei sehr tiefen 1.1 % und in unserem Kanton werden lediglich 1.2 % aller Wohnungen von nicht gewinnorientierten Wohnbaugenossenschaften angeboten. „Die Interpellation zeigt, wie dringend nötig auch im Kanton Schwyz am 9. Februar die Annahme der Initiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» ist“, fasst Kantonsrat Andreas Marty zusammen.